

Klassik Stiftung Weimar: Ein Jahr der offenen Türen



Das Themenjahr „Öffnen“ der Klassik Stiftung Weimar bringt 2026 neue Ausstellungen, Wiedereröffnungen und digitale Angebote in die Stadt. Das Museum Neues Weimar zeigt als Teil des Programms die Präsentation „Bauhaus und Politik“.
Foto: Thomas Müller © Klassik Stiftung Weimar

Weimar. (FS) Die Klassik Stiftung Weimar steht 2026 ganz im Zeichen ihres Themenjahrs „Öffnen“. Sammlungen, Häuser und Perspektiven werden neu zugänglich gemacht, und Weimar präsentiert sich dabei nicht nur als Erinnerungsort der Klassik, sondern als lebendiger Kulturraum, der Geschichte befragt und die Öffentlichkeit aktiv einbindet. Stiftungspräsidentin Ulrike Lorenz bringt es auf den Punkt: „Öffnen ist unsere Haltung.“ Einen ersten großen Meilenstein markierte die Wiedereröffnung des Wittumpalais am 30. April. Der Wittumsitz der Herzogin Anna Amalia ist nach der Sanierung wieder zu besichtigen. Parallel eröffneten

dort zwei neue Ausstellungen: „Das wahre Gesicht der Anna Amalia, eine verborgene Malerei der Barbara Rosina de Gasc“ sowie „Öffentlich machen! Das ABC der Herzogin Anna Amalia Bibliothek“ im Studienzentrum. Das Jahr steht auch im Zeichen gleich zweier UNESCO-Jubiläen. Goethes schriftlicher Nachlass gehört seit 25 Jahren zum UNESCO-Weltdokumentenerbe „Memory of the World“, und die Ausstellung „Zwischen Ordnung und Verlust. Die Entstehung der Marke Goethe“ im Goethe- und Schiller-Archiv rückt dieses Jubiläum in den Mittelpunkt. Das zweite Jubiläum betrifft die Bauhaus-Stätten in Weimar und Dessau, die seit 30 Jahren zum UNESCO-Welterbe gehören. Am 7. Juni feiert die Stiftung diesen Jahrestag gemeinsam mit der Bauhaus-Universität Weimar. Im digitalen Bereich wächst das Angebot rund um Goethe im Laufe des Jahres deutlich. Am 28. August, Goethes Geburtstag, wird das digitale Goethehaus eingeweiht. Das im Januar gestartete Faustportal entwickelt sich außerdem zu einem umfassenden Portal der Goethezeit, das Quellen, Bestände und Kontexte zusammenführt. Das Goethe-Wohnhaus selbst bleibt mit seiner Dauerausstellung „Lebensfluten, Tatensturm“ zunächst die erste Adresse in

Weimar, bevor es nach einem Abschiedswochenende am 31. Oktober und 1. November für drei Jahre in die Sanierung geht. Der Herbst bringt den wohl größten baulichen Höhepunkt des Jahres: Am 2. Oktober eröffnet die Klassik Stiftung den Ostflügel des Weimarer Stadtschlusses mit einem Festakt und einem Wochenende der offenen Türen. Dort entsteht mit der neuen Dauerausstellung „Weimarer Klassik“ eine neue Mitte der Stadt. Digitale Medienstationen erzählen die Epochen und Nutzung des Schlosses als Geflecht aus Macht, Kunst, Politik und Erinnerungskultur.

workshop. Bier-Yoga steht um 17 Uhr auf dem Programm, ab 21 Uhr folgt die Malle-Party. Den Höhepunkt setzt um 22.30 Uhr das Feuerwerk, danach lädt die All-Time-Classics-Party bis in den frühen Morgen. Der Sonntag beginnt mit einem ökumenischen Gottesdienst an der Musikmuschel um 10 Uhr, gefolgt vom Männergesangverein mit Freunden. Am Nachmittag spielt BRASS PARTY BERLIN. Am Goethebrunnen unterhält Trio Klanger den Vormittag, bevor um 15 Uhr die Krönung der Wasserfee den traditionellen Festmoment setzt. Ab 18 Uhr gibt es am Getränke- und Public Viewing und Torwardschießen zum Länderspiel Deutschland gegen Curaçao.

Apolda feiert:

100 Jahre Park- und Heimatfest

Apolda. (FS) Vom 5. bis zum 14. Juni 2026 lädt das Apoldaer Park- und Heimatfest auf die Festwiese in der Herrsener Promenade. Dass das Fest in diesem Jahr ein besonderes ist, liegt nicht nur am Programm: 2026 jährt sich das erste Park- und Heimatfest zum hundertsten Mal. Damals war es der Verschönerungsverein, der das Fest 1926 ins Leben rief, mit Illuminationen in den Promenaden, Feuerwerk, Schaubuden, Karussells und Bratwurstständen. Rund 9.000 Besucher kamen. Nach einer kriegsbedingten Zwangspause belebte die Stadt Apolda die Tradition 1954 unter dem Namen „Fest der 10.000 Lichter“ wieder, und seitdem ist das Park- und Heimatfest fester Bestandteil des Jenaer Sommers. Den Auftakt macht am Freitag, dem 5. Juni, der Apoldaer Mu-

siksommer mit Fiddler's Green und Versengold, Einlass ist ab 18.30 Uhr. Am Samstag folgen Rodeo und Truck Stop. Der Sonntag gehört zunächst den Familien: Ab 10 Uhr gibt es ein kostenloses Familienfest mit Hüpfburg, Riesenrutsche, Segway-Touren, Clown und Spielstationen. Am Abend bringt das Konzert „ABBA Tribute in Symphony“ mit der Vogtland Philharmonie einen orchestralen Höhepunkt auf die Bühne. Der Dienstag, 9. Juni, lädt am Nachmittag zu Kaffee, Kuchen und Kulturprogramm ein, bevor Ronny Weiland mit seinem Konzertprogramm „Das Konzert der Gefühle“ den Abend übernimmt. Mittwoch ist traditioneller Familientag zu ermäßigten Preisen. Vormittags steht der Tag der Umwelt auf dem Programm, nachmittags spielen Ich & Herr Meyer ein



DJ Ötzi & Band gastieren am Freitag, dem 12. Juni, im Rahmen des Apoldaer Musiksommers auf dem Park- und Heimatfest in Apolda.
Foto: Friedrich Hauswirth

Kidspop-Konzert, abends folgen die Apoldaer Jugendband Aelke und die Berliner Band Dämse. Am Donnerstag ist Tag der Unternehmen, den Abend gestaltet PubGun. Zum zweiten Wochenende dreht das Fest nochmals auf.

Am Freitag, dem 12. Juni, spielt DJ Ötzi mit Band im Rahmen des Apoldaer Musiksommers im Eva's Garten. Der Samstag bringt mit 80s Express zunächst einen Ausflug in die Achtzigerjahre, bevor um 22.45 Uhr das traditionelle Brillant Höhenfeuerwerk direkt über dem Festplatz gezündet wird. DJ Christian Ebert beschließt den Abend danach als „Sounds mit Hut“. Die Schaustellergeschäfte sind täglich geöffnet, freitags ab 16 Uhr, an den Wochenenden teils bereits ab 10 Uhr. Tickets für die Konzerte des Apoldaer Musiksomers sind in der Tourist-Information Apolda, über Eventim und Ticketshop Thüringen sowie an der Abendkasse erhältlich. Alle übrigen Veranstaltungen sind kostenlos. Parkplätze stehen am zentralen Parkplatz am Kirschberg zur Verfügung.

Jetzt schon an den Kalender für das nächste Jahr denken

ERHÄLTICH IN SCHLEIZ BEI:
Buchhandlung im Teehaus, Elektro Munzert, Presseshop im Kaufland Schleiz, EDEKA, Museum „motorwelt Schleizer Dreieck“, Stadt-Information „Alte Münze“, STAR-Tankstelle

ERHÄLTICH IM LANDKREIS GREIZ BEI:
Presseshop im Kaufland Zeulenroda, Bücherstube Zeulenroda, Schleizer Landbäckerei (Diska) Zeulenroda, Schleizer Landbäckerei (Diska) Triebes, ARAL Tankstelle Pausa

mit historischen bisher unveröffentlichten Fotos vom Schleizer Dreieck!

ODER
W g v Schleiz
Werbung, Gestaltung & Verlag
Wir punkten mit Kompetenz, Vertrauen und Zuverlässigkeit.

Geraer Straße 12, 07907 Schleiz
Tel. 03663.4067582
f.brossmann@wgvschleiz.de

Brunnenfest Bad Berka: Drei Tage am Goethebrunnen

Bad Berka. (FS) Hundert Jahre ist es nun her, dass sich alle Bad Berkaer vor dem Goethebrunnen zum ersten Mal versammelten, um das Brunnenfest am Wahrzeichen der Kurstadt zu feiern. Seitdem werden jedes Jahr im Juni historische Kostüme herausgeholt, Tanz und Musik begleiten das Treiben, und die Bornwiese verwandelt sich in einen Ort für Jung und Alt. Vom 12. bis zum 14. Juni 2026 ist es wieder so weit. Bürgermeister Michael Jahn eröffnet das Fest am Freitag um 18 Uhr gemeinsam mit der Wasserfee am Goethebrunnen. Die Bürgerstiftung verleiht ihre Preise mit musikalischer Begleitung durch den Posaunenchor Bad Berka, bevor Riffler's MUM an der

Goethebrunnen-Bühne und The JUKE an der Musikmuschel den Abend übernehmen. Auf der Bornwiese läuft parallel der elektronische Abend der Tanz- und Musikarea. Der Samstag beginnt sportlich: Um 10 Uhr startet auf der Bornwiese der Brunnenfestlauf über vier Distanzen von 900 Metern bis zehn Kilometern, Anmeldung ab 9 Uhr am Start. Gleichzeitig spielen Vespertilio am Goethebrunnen und FLOBO an der Musikmuschel. Am Nachmittag übernehmen die Dixielanders und das Schauerchester Weimar, bevor M. Martis und schließlich DOGMA'N sowie ADVANCE den Abend bestreiten. Für Familien gibt es von 12 bis 18 Uhr Kinderstation, Kinderdisco und Kunst-

workshop. Bier-Yoga steht um 17 Uhr auf dem Programm, ab 21 Uhr folgt die Malle-Party. Den Höhepunkt setzt um 22.30 Uhr das Feuerwerk, danach lädt die All-Time-Classics-Party bis in den frühen Morgen. Der Sonntag beginnt mit einem ökumenischen Gottesdienst an der Musikmuschel um 10 Uhr, gefolgt vom Männergesangverein mit Freunden. Am Nachmittag spielt BRASS PARTY BERLIN. Am Goethebrunnen unterhält Trio Klanger den Vormittag, bevor um 15 Uhr die Krönung der Wasserfee den traditionellen Festmoment setzt. Ab 18 Uhr gibt es am Getränke- und Public Viewing und Torwardschießen zum Länderspiel Deutschland gegen Curaçao.

91. INTERNATIONALES SCHLEIZER DREIECKRENNEN

**6 KLASSEN – 12 RENNEN
3 TAGE MOTORSPORT PUR**

**SCHLEIZ
12.06. – 14.06.2026**

Internationale Sidecar Trophy | Einladungsrennen Superbike & Supersport | HR Cup | German Twin Trophy | MZ Cup | Klassik-Bike



Tickets
ab 20 €

Weitere Infos & Tickets auf <http://www.msc-schleizer-dreieck.de>

Man muss Auffassungen von Parteien oder deren Politiker nicht teilen, man muss diese Menschen auch nicht schätzen, aber man sollte doch, sofern man das Prinzip der Meinungsfreiheit im Besonderen und der Freiheit im Allgemeinen auch nur vage verstanden hat, in der Lage sein, Positionen, die man selbst nicht billigt, hinzunehmen – so etwas nennt man Toleranz, die allerdings unter den Menschen in diesem Land immer weniger anzutreffen ist.

Nur kurz wollen wir anmerken, dass die wgv Schleiz GmbH, als konzern- und parteipolitisch unabhängiges Familienunternehmen, auch in Zukunft allen demokratisch gewählten Parteien im Bundestag und im Thüringer Landtag das Recht einräumen wird, in den Ausgaben der „BÜRGERZEIT aktuell“ ihre Meinung kundzutun. Diese muss nicht der Meinung des Verlages oder der Meinung unserer Leser entsprechen. Toleranz ist in diesen schwierigen Zeiten ein hohes Gut. Denken wir und Sie bitte immer daran.



» Rehathechnik
» Kinderversorgung
» Sanitätshaus

» HomeCare-Service
» Orthopädietechnik
» Orthopädienschuhtechnik

WIR suchen SIE
für Eisenberg

Im Sanitätshaus ist noch Platz für Sie!



» **Mitarbeiter für unser Sanitätshaus**
(m/w/d, TZ/VZ) - Quereinsteiger möglich

Unser Angebot:

- » ist eine abwechslungsreiche, anspruchsvolle Tätigkeit und eigenständiges, verantwortungsvolles Arbeiten im harmonischen Arbeitsumfeld eines Familienunternehmens, ein langfristiges Arbeitsverhältnis mit fachlichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie individuelle und personengerechte Einarbeitung.
- » sind geregelte und flexible Arbeitszeiten in Teil- oder Vollzeit und ohne Wochenend-/Feiertagsdienst.
- » ist eine individuelle, strukturierte Einarbeitung:
- Ihre Aufgaben:**
- » Beratung und Versorgung unserer Kunden im Sanitätshaus
- » Anpassung, Abgabe und Verkauf von Hilfsmitteln
- » Unterstützung im Tagesgeschäft sowie organisatorische Aufgaben
- » selbstständiges, zuverlässiges und flexibles Arbeiten am Kunden

Das passt? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung!
Alippi GmbH, Frau Augner, Leipziger Str. 160, 08058 Zwickau
oder per E-Mail bitte an: bewerbung_sh@alippi.de

Selbstverständlich behandeln wir Ihre Bewerbung vertraulich.

www.alippi.de

w g v Schleiz GmbH
Werbung, Gestaltung & Verlag



Wir suchen einen engagierten

Telefonisten m/w/d

für den direkten Kontakt zu unseren Kunden.
Quereinsteiger jeden Alters willkommen.
Gut geeignet für Vorrühständer.

Sie haben Freude am Telefonieren und sind kommunikationsstark? Dann bereichern Sie gern unser Team.

Wir bieten Ihnen einen Voll- oder Teilzeit-Arbeitsplatz (auch auf Minijob-Basis möglich) bei der BÜRGERZEIT aktuell in Schleiz oder in Ihrem Homeoffice.

Interessiert? Dann bewerben Sie sich noch heute:

wgv Schleiz GmbH

Herr Grimm, Geraer Straße 12, 07907 Schleiz
w.grimm@wgvschleiz.de

Impressum BÜRGERZEIT aktuell

MONATSZEITUNG für Sonneberg, Weimar Stadt + Land, Apolda

Herausgeber: wgv Schleiz GmbH
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4067582,
Fax 03663.4065630

Geschäftsführerin: Hjördis Grimm

Auflage: 83.016 Exemplare – POSTAKTUELL an Haushalte und Betriebe
Die „Bürgerzeit aktuell“ erscheint in der Regel freitags ein- oder zweimal im Monat, Schieberecht an Feiertagen. Im Bedarfsfall können Einzelzeilempfänger bei wgv Schleiz GmbH, 07907 Schleiz, Geraer Str. 12, zum Einzelpreis von 3,50 € inkl. Porto und MwSt. bezogen werden.

Verantwortliche Leitung: Hjördis Grimm

Verantwortlicher Redakteur:
Friederike Schulz, Tel. 0157.57283701
kontakt@vafriederike.com

Redaktionsschluss: In der Regel 6 Tage vor Erscheinen.

Anzeigenberater: Bianka Enders, 03663.4066751, b.enders@wgvschleiz.de
wgv Schleiz GmbH
Geraer Straße 12, 07907 Schleiz, Tel. 03663.4060211

Druck: Gedruckt in der Europäischen Union

Verantwortlich für die kostenlose Verteilung:

Deutsche Post AG, 53113 Bonn, Charles-de-Gaulle-Str. 20, Tel.: 0228 1820

Es gelten die Preisliste Nr. 18 vom 1. Mai 2026 und die Geschäftsbedingungen, die wir auf Anfrage Ihnen gern per Mail zusenden.

Für Schäden, die durch Druckfehler, fehlerbehaftete oder unterbliebene Eintragungen entstehen, wird nicht haftet. Nachdruck, Abdruck, fotomechanische Wiedergabe und jedwede elektronische Nutzung oder Vervielfältigung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Für unverlangt eingesandene Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung. Rücksendung nur bei Rückporto. Kommentare und Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers wieder und keine Stellungnahme der Zeitung. Für den Inhalt der Anzeigen und Beilagen zeichnen die Auftraggeber verantwortlich. Wir arbeiten nach der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO).

Karriere im Wachstumsmarkt Fitness und Gesundheit

Warum die Branche boomt – und gut ausgebildete
Fachkräfte dringend braucht



Fitness- und Gesundheitsanlagen sind mittlerweile wichtige Bestandteile der Gesundheitsversorgung. Entsprechend gut muss die Ausbildung der dort beschäftigten Fachkräfte sein.

Foto: DJD/DHfPG

Weimar. (DJD) Fitness, Gesundheit und Prävention sind längst mehr als ein Trend. Sie sind fester Bestandteil des Alltags vieler Menschen und gewinnen gesellschaftlich weiter an Bedeutung. Entsprechend wächst die Fitness- und Gesundheitsbranche in Deutschland auf Rekordniveau – und entwickelt sich zunehmend zu einer tragenden Säule der gesamten Gesundheitswirtschaft. „Eckdaten der deutschen Fitnesswirtschaft“ zufolge erreichte die Branche Ende 2025 mit 12,36 Millionen Mitgliedern einen neuen Höchststand. Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr auf 6,25 Milliarden Euro, in knapp 10.000 Studios sind rund 167.000 Menschen beschäftigt – Tendenz steigend.

Gesundheit als Lebensstil – und als Wirtschaftsfaktor
Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wächst weiter,

fast alle Anlagenbetreiber investieren bereits heute gezielt in Aus- und Weiterbildung. „Gut ausgebildetes Personal ist der Schlüssel für nachhaltigen Erfolg in der Branche“, betonen Branchenvertreter. Für junge Menschen eröffnet sich damit ein attraktives Berufsfeld mit stabilen Zukunftsperspektiven. Neue Trainingsformen, digitale Innovationen, KI-gestützte Angebote und Trends wie Longevity – also der Ansatz, Gesundheit und Lebensqualität bis ins hohe Alter zu erhalten – oder Biohacking, das auf die gezielte Optimierung von Körperfunktionen durch Training, Ernährung und Technik setzt, prägen das Bild. Fitnessstudios entwickeln sich zunehmend zu ganzheitlichen Gesundheitszentren – mit Angeboten für alle Altersgruppen.

Praxisnaher Berufseinstieg durch duales Studium
Besonders gefragt sind Fach-

kräfte, die betriebliche Praxis mit wissenschaftlichem Know-how verbinden. Ein duales Studium etwa im Bereich Fitnessökonomie, Gesundheitsmanagement oder Sportökonomie an der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement (DHfPG) bietet einen möglichen Einstieg, mehr Informationen unter www.dhfg.de. Das Studium ist praxisnah, auf langfristige Nachfrage ausgerichtet und sorgt für gute Karriereperspektiven im boomenden Gesundheitsmarkt. Studierende sammeln von Anfang an Berufserfahrung, bauen wertvolle Netzwerke auf und qualifizieren sich gezielt für Führungsaufgaben in einer wachsenden Branche. Ob als Trainerin, Manager oder Gesundheitsexpertin – die Fitness- und Gesundheitsbranche bietet vielfältige Karrierechancen.

Von der Optik bis zur Pflege

Jena. (FS) Die Jenaer Technologieunternehmen Jenoptik und ZEISS suchen derzeit auf breiter Front nach Verstärkung. Jenoptik hat aktuell Positionen ausgeschrieben, die vom Ausbildungsplatz bis zur Führungsebene reichen. Wer eine handwerklich-technische Ausbildung anstrebt, findet Angebote als Feinoptiker, Industriemechaniker, Mikrotechnologe oder Fachkraft für Lagerlogistik, jeweils mit Beginn in 2026. Für erfahrene Fachkräfte sind unter anderem eine Stelle als Prozessspezialist Mikrooptik, eine Position im Bereich Biophotonics-Produktmanagement sowie eine Senior-Advisor-Stelle im Technologiebereich ausgeschrieben. Auch für Studierende gibt es mehrere Werkstudentenstellen, etwa in den Bereichen Nachhaltigkeitsmanagement, Prozessoptimierung und Programmierung. Beim Jenaer Nachbarn ZEISS sieht es ähnlich aus. Über 128 offene Stellen am Standort Jena decken ein breites Spektrum ab: Engineering und Produktion, IT, Supply Chain sowie Verwaltung. Ausbildungsplätze als Feinoptiker, Industriemechaniker und Mechatroniker stehen ebenfalls zur Auswahl, Beginn jeweils im Sommer 2026. Im technischen Bereich werden unter anderem ein System Engineer für Photonische Integrierte Schaltkreise und ein Applikationsingenieur gesucht, dazu Positionen in der CNC-Bearbeitung sowie im Brandschutz. Das Universitätsklinikum Jena sucht Personal in nahezu allen medizinischen Bereichen. Gesucht werden Pflegefachkräfte für die Hämatologie und Onkologie, den High-Care-Bereich

sowie das Herzkatheterlabor, außerdem Medizinische Fachangestellte für die Gastroenterologie, die Hämatologie sowie für die Ambulanzen der Nephrologie, Rheumatologie und Endokrinologie. Im ärztlichen Dienst sind Stellen für einen Oberarzt an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Standort Altenburg sowie für einen Assistenzarzt in der Psychosomatik und Psychotherapie ausgeschrieben. Wer sich noch in der Ausbildung befindet oder ins Berufsfeld Pflege hineinschnuppern möchte, kann sich für die Summer School bewerben. In Weimar schreibt die Bauhaus-Universität die Geschäftsführung der Geschäftsstelle des Medienrats aus. Die Stelle ist unbefristet und in Voll- oder Teilzeit zu besetzen. Gesucht wird eine Person mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Hochschulstudium in Medien-, Kommunikations-, Politik-, Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften. Zu den Aufgaben gehören die Unterstützung des Medienrats bei seiner unabhängigen Arbeit, die Koordination und redaktionelle Bearbeitung des Auftragsbereichs der Rundfunkanstalten sowie der Aufbau und die Pflege von Netzwerken im Mediensystem. Erwartet werden vertiefte Kenntnisse des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Erfahrung in der Gremienarbeit und hervorragende Deutsch- und Englischkenntnisse. Mindestens die Hälfte der vereinbarten Arbeitszeit soll vor Ort in Weimar geleistet werden. Bewerbungen sind direkt an die Bauhaus-Universität zu richten.

Uns können Sie auch
im Internet
blättern:
buergerzeit-aktuell.de

Zwischen Ausbildung, Studium und Talent

Wie Eltern ihre Kinder bei der Berufswahl unterstützen können

Weimar. (DJD) Bei der Frage, wie es nach der Schule weitergeht, stehen Jugendliche vor einer schwierigen Entscheidung: Sie können eine der etwa 460 betrieblichen oder schulischen Ausbildungen machen. Oder einen der rund 22.000 Studiengänge in Deutschland wählen. Bei der Wahl können Eltern helfen.

Drei Wege führen zum Ziel

Um das eigene Kind bei der Berufswahl zu unterstützen, hilft es, das deutsche Ausbildungssystem zu kennen. Nach dem Schulabschluss haben Jugendliche drei Möglichkeiten, die jeweils gute Perspektiven bieten:

1. In einer betrieblichen Ausbildung arbeiten sie in einem Betrieb und lernen in der Berufsschule.

2. In einer schulischen Ausbildung lernen sie in der Schule und machen daneben Praktika.

3. In einem Studium lernen sie an einer Universität oder Fachhochschule. Für manche Studiengänge ist nicht zwingend ein Abitur nötig. Auch ein Meistertitel oder viele Jahre Praxiserfahrung können oft ein Studium ermöglichen.

Nach den Stärken schauen

Ob eine Ausbildung oder ein Studium der richtige Weg ist, hängt davon ab, welchen Beruf ein Jugendlicher später ausüben möchte. Doch welcher Beruf passt? Um das herauszufinden, denken Jugendliche und Eltern häufig zuerst daran, welche Berufe typisch weiblich oder männlich sind. „Dadurch



Hat ein junger Mann Spaß daran, mit Kindern zu arbeiten, könnte Erzieher der passende Beruf für ihn sein.
Foto: DJD/www.klischee-frei.de/Monkey Business - stock.adobe.com



Wer gern praktisch arbeitet und handwerkliches Geschick mitbringt, kann im Handwerk viele passende Berufe finden.
Foto: DJD/www.klischee-frei.de/zakalinka - stock.adobe.com

schließen sie manche Berufe unbewusst aus“, sagt Miguel Diaz, Leiter der Servicestelle der Initiative Klischeefrei. Wichtiger als geschlechtliche Zuschreibungen sei der Blick auf individuelle Stärken und Fähigkeiten, ergänzt Diaz. „Ist eine junge Frau geschickt mit Werkzeug und kennt sich mit Autos aus, kann sie sich vielleicht in einem technischen Beruf wie Kfz-Mechatronikerin wiederfinden. Andersherum kann es sein, dass ein einfühlsamer junger Mann eine tolle Hebamme wird.“

Konkret unterstützen
Jugendliche, die in ihrer Berufsentscheidung unsicher sind, brauchen meist Hilfe von ihren Eltern. Tipps, wie das gelingt, gibt es unter klischee-frei.de/eltern. Dort finden Eltern auch Workshops und weitere Informationen über das deutsche Ausbildungssystem. Diaz empfiehlt, zunächst mit dem Kind über dessen Interessen und Stärken zu sprechen. Mit diesen Infos kann man als nächstes etwa zum Berufsinformationszentrum der Bundesagentur für Arbeit gehen

und sich dort kostenlos über Ausbildungen und Studiengänge informieren. Um die Auswahl einzugrenzen, hilft es, Erfahrungen in Praktika oder Nebenjobs zu sammeln. Auch auf Berufsmessen und bei Schnuppertagen sowie dem Girls' Day und Boys' Day bekommen Jugendliche einen ersten Eindruck von möglichen Berufswegen. Miguel Diaz von der Initiative Klischeefrei ist sicher: „Junge Menschen, die Spaß in ihrem Beruf haben, sind langfristig erfolgreich – unabhängig von Geschlechterklischees.“

In die Postmappe geschaut

Ein Land, das von Banken beherrscht wird, wird stets in Schulden leben



Ein Gesundheitssystem, das der Pharmaindustrie dient, wird niemals heilen



Ein Staat, der vom Krieg lebt, wird den Frieden nie kennen



Eine Nation, die von den Medien gelenkt wird, wird die Wahrheit nie erfahren



„Hey, wir bauen ein reiches Land um. Wer macht mit?“
Grünen-Chef Robert Habeck sagt im BamS-Interview, was er will:

Das ging schnell.

Das „reiche Land“ ist umgebaut.

Nicht nur der Bund ist finanziell am Ende, noch viel schlimmer trifft es die Städte und Gemeinden. Die Defizite erreichen Rekordhöhen und führen nicht nur zur Streichung vieler Leistungen, sondern zu purer Verzweiflung.

Wie die EpochTimes berichtet, ist zum Beispiel die 50.000-Einwohner-Stadt Rastatt in Baden-Württemberg finanziell erledigt. Die Industrie und die Unternehmen erzielen keine Gewinne mehr. Die Folgen sind fatal: die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gingen allein in Rastatt von 100 Millionen €

auf 300.000 € zurück. Die Stadt muss die geleisteten Vorauszahlungen der Unternehmen nun auch noch zurückerzahlen.

Deindustrialisierung durch die Klimawende, gigantische Kosten durch die Zuwanderung, Vollversorgung für jeden Fremden. Das hinterlässt Spuren. Dass es so schnell gehen würde, übertrifft mit Sicherheit auch Habecks kühnste Erwartungen.

Aber es ist ja noch längst nicht zu Ende. Der Umbau des „reichen Landes“ geht ungebremst weiter.

Michael Hauke

Die GEZ vor dem Ende

Von Michael Hauke

Die Einseitigkeit von ARD und ZDF und deren politisch motivierte Fälschungen sorgen für Verdross. Dass diese Unausgewogenheit von jenen bezahlt werden muss, die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgegrenzt und – nicht nur in den Corona-Jahren – täglich verhetzt werden, steigert den Unmut weiter. Es verweigern immer mehr Menschen die Zahlung. Zwischen 2020 und 2024 (aktuellere Daten liegen nicht vor) hat sich die Zahl der im Mahnwesen befindlichen Beitragskonten auf knapp vier Millionen verdoppelt. Aber 90 Prozent der Haushalte zahlen noch immer pünktlich. Der Tenor lautet: Man kann eben nichts machen. Wirklich nicht? Das Finanzierungssystem von ARD und ZDF kam noch nie so ins Wanken wie zurzeit. Denn inzwischen gibt es zwei höchstgerichtliche Urteile, die die Selbstbedienung des ÖRR deutlich erschweren. Das Bundesverwaltungsgericht und der Bundesgerichtshof haben Wege aus dem Zwangsbeitragsystem und aus der automatisierten Vollstreckung aufgezeigt. Hinzu kommt, dass die AfD im Falle eines Wahlsieges bei den Landtagswahlen im September versprochen hat, sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Mecklenburg-Vorpommern den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen.

Der Reihe nach: Am 15.10.2025 (Az. 6 C 5.24) hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass der Beitragszahler nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte hat. Das Bundesverwaltungsgericht koppelt die Zahlungsverpflichtung nämlich erstmalig an die Einhaltung des Auftrages. Der Rundfunkbeitrag wird dann verfassungswidrig, so das Bundesverwaltungsgericht, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk über längere Zeit „gröblich“ gegen Vielfalt und Ausgewogenheit verstößt.

Das Problem liegt in der Beweisführung. Für einzelne Haushalte ist es unmöglich,

den Nachweis über fehlende Ausgewogenheit und politische Einseitigkeit zu erbringen, auch wenn der bloße Ausweis dem Bürger recht zu geben scheint. Das Gericht hat klare Beweise gefordert: Mindestens zwei Jahre Programmbeobachtung, wissenschaftlich fundierte Analysen, empirische Nachweise für Einseitigkeit, Framing und Auslassung. Und genau daran arbeiten inzwischen Medienforscher, Datenanalysten und Rechtsanwälte unter dem Dach der Freiheitskanzlei, die die Seite beitragsstopper.de betreibt. Auf dieser Webseite finden sich Informationen zum Gutachten und Hilfe für GEZ-Verweigerer.

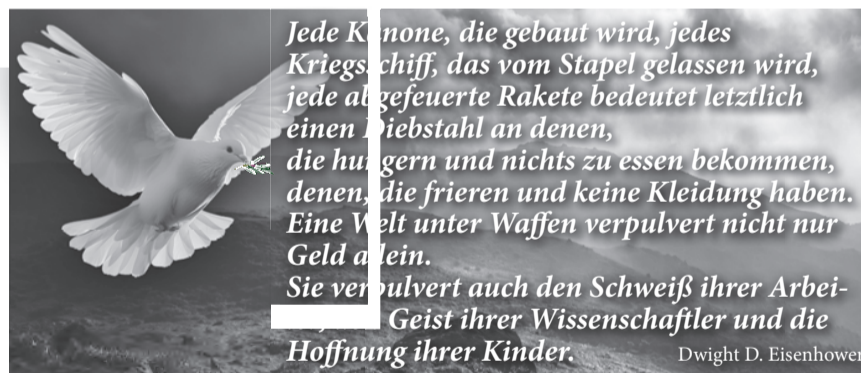
Diese erhielten nun weitere Unterstützung vom Bundesgerichtshof. Der stoppte nämlich mit Urteil vom 26.02.2026 (VII ZB 29/24) die automatisierte Vollstreckung, indem er feststellte, dass das Vollstreckungsersuchen unwirksam ist, wenn die elektronische Signatur nicht erkennen lässt, wer tatsächlich die Verantwortung trägt. Es reicht nicht aus, dass der Name des Intendanten eingefügt wird, wie bislang geschehen. Es muss ein persönlich verantwortlicher Sachbearbeiter bzw. Teamleiter unter dem Vollstreckungsersuchen stehen. Bitte nicht verwechseln mit einer Unterschrift. Die ist – wie bei allen öffentlichen Bescheiden – trotz anderslautender Gerüchte für die Wirksamkeit vor Gericht nicht erforderlich. Es muss aber deutlich sein: Welche konkrete Person hat den Inhalt geprüft und verantwortet. Das macht die Vollstreckung ab sofort erheblich komplizierter. In dem konkreten Fall, der vor dem BGH landete, ging es um folgendes: Der Bayerische Rundfunk wollte vollstrecken, das Dokument wurde elektronisch versandt, darunter stand der Name der Intendantin, verschickt hat es aber jemand anderes.

Nun könnte man denken: dann ändern die das einfach. Aber so einfach ist das nicht. Die Automatisierung der Vollstre-

ckung ist futsch. Bei einigen wenigen Fällen wäre das nicht dramatisch, aber es geht um Millionen Verfahren. Schon jetzt sorgt die Überlastung von „Beitragservice“ und Behörden dafür, dass von den aktuell 1,23 Millionen Vollstreckungen nur wenige wirklich mit einer Pfändung enden. Das Prinzip der Abschreckung gegen potentielle Verweigerer verliert zunehmend seinen Schrecken, was zu weiteren Verweigerern führen wird, was wiederum das systemische Problem für ARD und ZDF vergrößert.

Und weiteres Ungemach droht. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Meck-Pomm könnte die AfD nach den Wahlen im September den Ministerpräsidenten stellen. Die jeweiligen Spitzenkandidaten haben versprochen, den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt zwar zwei Jahre, aber es wird zu weiteren Zahlungsausfällen kommen, weil viele sofort ihren Beitrag stoppen werden. Zwangsläufig wird das auf andere Bundesländer überschwappen. Allein die dann entstehende Masse von Mahnverfahren ist für den „Beitragservice“ nicht mehr händelbar; von Vollstreckungen ganz zu schweigen. Und auf der anderen Seite stehen die Bürger nicht mehr allein, sie haben die Unterstützung großer Initiativen wie beitragsstopper.de, die mit hochkarätigen Juristen arbeiten, die die Erfolge vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem BGH erstritten haben. Diese Urteile werden mittelfristig das Ende des Zwangssystems herbeiführen. Die Hetze und die Ausfälle eines Jan Böhmmermann, die ich am eigenen Leibe erfahren durfte, oder die Fakenews einer Dunja Hayali wird es weiter geben, aber immer weniger werden dafür bezahlen.

Ich habe übrigens schon damit angefangen. Je mehr es tun, desto unmöglicher wird es, dieses Zwangssystem aufrechtzuerhalten.



Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.
Dwight D. Eisenhower

Außer, man ist Deutscher

Von Michael Hauke

Vorsicht! Wenn die Regierung von „Reformen“ redet, dann bedeutet das immer eine finanzielle Mehrbelastung der Menschen. Eine Steuerreform wird nie für Mindereinnahmen des Staates sorgen, sondern immer für eine Mehrbelastung der Bürger. Denken Sie nur an die Grundsteuer-„Reform“.

Auch die Einkommensteuer (Stichwort: Spitzensteuersatz) und die Erbschaftsteuer stehen vor einer „Reform“. Das wird unter dem Motto „Gerechtigkeit“ verkauft. Neid war schon immer das beste Argument. Auch bei der Mehrwertsteuer soll reformiert werden: um mindestens zwei Prozentpunkte soll es nach oben gehen, vielleicht auch um mehr. Im Koalitionsvertrag steht übrigens, dass es keine neuen Steuererhöhungen geben wird. Aber die Wahrheit, die zu allerletzt in einem Koalitionsvertrag zu finden ist, dürfte sich rasch ändern. Die CO₂-Abgabe, die defacto eine Klimasteuer ist, erhöht sich jedes Jahr. Seit ihrer Einführung im Jahr 2021 hat sie sich von 25 Euro pro Tonne auf 55 bis 65 Euro mehr als verdoppelt, was Öl, Gas, Benzin und Diesel deutlich verteuert. In Aussicht steht kurzfristig eine Erhöhung auf 120 Euro – bei strenger „Klimapolitik“ noch mehr, auf bis zu 240 Euro. Dafür, dass es auch nach Ende des Iran-Krieges keine Entlastung für den deutschen Autofahrer gibt, sorgt die Regierung. Wenn sich jemand über hohe Kraftstoffpreise freut, dann der Staat. Er hat in den vergangenen zwei Monaten rund eine Milliarde Euro mehr an Steuern auf Benzin und Diesel eingenommen. Natürlich hat die Regierung kein Interesse an „Obergrenzen“ oder gar fallenden Spiritpreisen. Die jetzige Situation bedeutet ein sattes Plus. Und trotzdem ist für nichts Geld da. Außer für die Versorgung von Geflüchteten, wie Asylanten heute genannt werden. Diese Gruppe ist bei allen Sparmaßnahmen ausdrücklich ausgenommen.

Das gilt auch für die Gesundheits-„Reform“, die uns ins Haus steht. Sie wird für erhebliche Zuzahlungen und Leistungsstreichungen sorgen. Auch hier werden „Geflüchtete“ nicht betroffen sein. Ich habe das mit ChatGPT diskutiert, während ich diesen Artikel schrieb. Bei jeder meiner Fragen in diese Richtung erschien ein rotes Banner: „Dieser Inhalt verstößt möglicherweise gegen unsere Nutzungsrichtlinien.“

Nachdem Fragen nach der Versorgung von Geflüchteten gelöscht (!) wurden, weil sie gegen die Nutzungsrichtlinien verstießen, stellte ich ChatGPT folgende Frage: „Gibt es ein Land auf der Welt, in dem ich als Deutscher, der dorthin ohne Einkommen ausgewandert

ist, alles bezahlt bekomme, wenn ich krank werde?“ Die Antwort der KI lautete: „Kurz gesagt: Nein – kein reguläres Gesundheitssystem eines anderen Landes bietet dir als dauerhaft eingewandertem Ausländer ohne Einkommen eine umfassende, dauerhaft kostenlose Vollversorgung wie eine Art automatisches Rundum-Gesundheitspaket.“ Wenn ich aber nach der Situation des Rundum-Gesundheitspakets für Migranten in Deutschland frage, verstößt das „gegen unsere Nutzungsrichtlinien.“ Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil es ein Schlaglicht darauf wirft, wie die Diskussion geführt wird. Deutsche, die ein Leben lang eingezahlt haben, sollen im Sinne des Solidarprinzips erhöhte Zuzahlungen und Leistungskürzungen hinnehmen. Sogar die Mitversicherung von Ehegatten und Kindern soll entfallen. Forderungen nach denselben Kürzungen bei den Leistungen für Millionen Ausländer wie bei den Deutschen sind jedoch tabu.

Auch die „Sozialabkommen“ mit 21 verschiedenen Ländern weltweit werden nicht angetastet. Die Gesundheitsversorgung von z.B. in der Türkei oder auf dem Balkan lebenden Angehörigen, also Kindern und Ehefrauen, und sogar Eltern, bleibt bestehen. Wir zahlen die medizinische Vollversorgung von kostenlos mitversicherten Menschen sonst wo auf der Welt. Gleichzeitig soll die Beitragsfreiheit von mitversicherten Angehörigen in Deutschland gestrichen werden. Dazu passt, dass Deutschland Kindergeld in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro pro Jahr ins Ausland zahlt. Auch das wird nicht angetastet.

Dasselbe gilt für Geflüchtete, die entweder Bürgergeld beziehen oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz versorgt werden: für sie ändert sich nichts. Sie zahlen keine Beiträge und auch keine Zuzahlungen. Das gilt natürlich auch für Deutsche, die erwerbslos sind, aber der Unterschied besteht darin, dass dieses Sozialprinzip einst für sie geschaffen wurde und nicht für Menschen aus aller Herren Länder.

Sprechen Sie mal mit Menschen, die im Krankenhaus arbeiten. Teure Operationen von extra hergebrachten Ausländern kennt jeder. Ohne Beiträge, ohne Zuzahlungen. Die größten Pull-Faktoren für die Masseneinwanderung bleiben bestehen. Daran wird nichts geändert. Was geändert wird, sind die Leistungen und Zuzahlungen derjenigen, „die schon länger hier leben“, wie Merkel die Deutschen nannte. Von Merkel stammt auch die CDU-Kampagne „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben!“ Man möchte erlächeln: Es sei denn, man ist Deutscher. Es sei denn, man ist Deutscher.

Sippenhaft 2026: Wie man Kandidaten zum Schweigen bringt

In autoritären Staaten exekutieren meist Geheimdienste den Terror gegen „Abweichler“, bis diese kapitulieren – oder im Kerker verschwinden. In der Bundesrepublik 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind solche Institutionen nicht nötig: Es gelang, eine Atmosphäre zu schaffen, in der „Abweichter“ auch ohne Geheimdienste eingeschüchtert werden. Genau wie die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley einst vorhersagte – dazu unten mehr.

Das waren meine ersten Gedanken, als ich die neueste Nachricht aus Nienburg las. Ein 74-jähriger Rentner kandidierte dort legal für eine legal zugelassene Partei für ein lokales Gremium. Sie dürfen dreimal raten, für welche. Und nicht irgendwo auf der Liste: als Spitzenkandidat. Was passierte? Seine Söhne werden bestraft. Nicht er – sie. Kunden stornieren Reservierungen in ihren Restaurants, obwohl diese mit

der Kandidatur des Vaters rein gar nichts zu tun haben. Das ist kein spontaner Boykott aus Überzeugung – das ist existenzbedrohende soziale Disziplinierung, um den Vater über die Vernichtung der Kinder zu brechen. Und es hat funktioniert. Perfekt.

Sippenhaft 2026

Der Sohn veröffentlicht einen Unterwerfungstext auf Instagram, der Vater widerruft, kündigt seine Mitgliedschaft, zieht sich in den Ruhestand zurück. Der Laden läuft wieder. Alle sind zufrieden. Und niemand nennt es, was es ist: zivilgesellschaftliche Erpressung, die eine Kandidatur für eine im Bundestag sitzende Oppositionspartei de facto unmöglich macht, wenn man Familie hat. Das Perfide daran: Es braucht keine Staatsgewalt. Kein Verbot, keine Verhaftung, keinen Paragrafen. Es reicht die Drohung wirtschaftlicher Vernichtung. Das ist sogar effizienter

als staatliche Repression – weil man hinterher die Legende vom „freiwilligen Rückzug“ stricken kann.

Wenn ein Chinese in Peking aus Angst um seine Familie eine Kandidatur zurückzieht, nennt man das Einschüchterung durch ein autoritäres System. Wenn es in Niedersachsen passiert, schreibt „Focus Online“ einen neutralen Bericht. So als sei all das die normalste Sache der Welt.

Und die Lokalzeitung „Die Harke“ freut sich riesig und macht sich noch lustig über das Opfer: „Jetzt bekommt die gesamte Familie offenbar die Quittung für die Kandidatur in einer Partei, die wegen ihrer Gesinnung unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht: Reservierungen in den Restaurants der Söhne werden gecancelt. Das war zu erwarten. Denn wer so naiv ist und denkt, dass bei der Ankündigung einer Spitzenkandidatur für eine Partei, für die es nur Schwarz oder Weiß gibt,

der große Boykott ausbleibt, der hat nichts verstanden.“

Die Überschrift über dem Artikel in der Zeitung, zu deren Miteigentümern die SPD gehört – ohne dass die Leser das ahnen, wie bei so vielen Zeitungen in Deutschland: „Unüberlegte und naive Entscheidungen haben ihren Preis: Den zahlt jetzt die Familie.“

Blankes Entsetzen

Ich musste diesen Satz mehrmals lesen. Nicht weil er unverständlich wäre – sondern weil ich nicht glauben wollte, was ich da las. Ein Journalist einer deutschen Lokalzeitung schreibt, im Jahr 2026, 35 Jahre nach dem Ende der DDR, dass eine Familie „die Quittung bekommt“ – weil der Vater legal kandidiert hat. Nicht für eine verbotene Organisation. Nicht für eine kriminelle Vereinigung. Für eine Partei, die im Deutschen Bundestag sitzt, von Millionen Deutschen gewählt wurde, und deren Kandi-

datur so legal ist wie die jeder anderen Partei auch.

Was der Journalist hier betreibt und billigt, hat einen Namen: Sippenhaft. Es ist eines der dunkelsten Prinzipien, die Deutschland kennt – die Bestrafung von Angehörigen für die Taten oder auch nur die Gesinnung eines Familienmitglieds. Dass er es nicht nur beschreibt, sondern als selbstverständliche Konsequenz feiert – „Das war zu erwarten“, „hat nichts verstanden“ – das ist kein Journalismus. Das ist die Stimme eines Systems, das sich selbst für so legitim hält, dass es seine Einschüchterungsmechanismen offen ausstellen kann.

Und jetzt kommt Bärbel Bohley. Die Frau, die in der DDR im Gefängnis saß, die Stasi aus nächster Nähe kannte und 1991 – ein Jahr nach der Wiedervereinigung – folgendes sagte:

„Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“ Das sagte sie 1991. Vor 35 Jah-

ren. „Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen.“

Enzo Vazzano, 74, Rentner, Nienburg, 2026. Unschädlich gemacht. Ohne Verhaftung. Ohne Paragraf. Durch Restaurantbuchungen.

Bärbel Bohley hatte recht. Das ist das Deutschland, in dem wir leben. Was früher die Geheimdienstkeller waren, sind heute Restaurantbuchungen. Es ist nicht weniger gespenstig. Im Gegenteil. Es ist noch gespenstiger. Weil es – anders als damals – so viele nicht merken. PS: Medien wie die „Harke“ gehören der SPD. Ich nicht. Ich gehöre nur meinen Lesern. Unabhängiger Journalismus kostet – und hat keinen Konzern im Rücken. Wenn Ihnen solche Artikel etwas wert sind – hier können Sie Ihre Wertschätzung zeigen. Sie ist für mich die größte Motivation. Herzlichen Dank.

BLAUER MUT

Der Staat als Wegelagerer

Mehr zum Thema:



Die Preise an der Zapfsäule steigen, und einer freut sich jedes Mal mit: der Staat. Während Pendler, Familien und Handwerker jeden Euro zweimal umdrehen müssen, laufen die Einnahmen in Berlin wie von selbst. Über 60 Prozent von dem, was Sie für Benzin oder Diesel zahlen, sind Steuern und Abgaben. Energiesteuer, CO₂-Abgabe und obendrauf noch Mehrwertsteuer – sogar auf die Steuern selbst. Kein Witz, sondern politisch gewollte Realität. Je teurer der Sprit, desto mehr verdient der Staat. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass echte Entlastungen ausbleiben oder immer nur halbherzig daherkommen. Die Krise ist für viele ein Problem – für den Staat ist sie längst ein Geschäftsmodell geworden. Das System dahinter ist simpel, aber effektiv. Erst wird kräftig abkassiert, dann wird auf das Abkassierte noch mal kassiert.

Diese »Steuer auf die Steuer« bringt Jahr für Jahr Milliarden. Beim Tanken gehen teilweise über 1,40 Euro pro Liter direkt an den Staat. Beim Strom sieht es ähnlich aus, auch da ist mehr als die Hälfte politisch gemacht und nicht einfach vom Himmel gefallen. Besonders bitter: Wer wenig hat, zahlt am Ende prozentual mehr. Energie ist kein Luxus, son-

Bittere Wahrheit: Die Regierung will nicht, dass Energie billig wird!

num erzwungen. Die Vorschläge sind klar und liegen schwarz auf weiß vor: CO₂-Abgabe weg, Energiesteuer runter, Mehrwertsteuer runter. Dann wären Spritpreise von rund 1,46 Euro möglich. Also nichts Unmögliches, kein Wunschdenken, sondern eine Frage des politischen Willens und der Prioritäten. Nur: Dieser Wille fehlt. Die anderen Parteien

hören weg, reden drum herum oder vertrösten auf irgendwann. Kein Wunder, schließlich profitiert die Regierung selbst von den hohen Preisen und den sprudelnden Einnahmen. Und dann sind da noch die Ursachen, über die kaum jemand ehrlich spricht: Sanktionen gegen Russland, die Deutschland massiv schaden und die Energie

künstlich verteuern, und der Krieg im Nahen Osten. Zudem eine Energiepolitik, die seit Jahren auf Ideologie setzt statt auf Versorgungssicherheit und Vernunft. Am Ende müssen es immer die Bürger bezahlen – an der Zapfsäule, bei der Heizkostenabrechnung und beim täglichen Einkauf. Die Stimmung kippt. Viele erkennen inzwischen: Der Druck entsteht nicht nur durch äußere Krisen, sondern auch durch Probleme, die im Inneren gewachsen sind. Wer jeden Tag fahren muss, hat keine Alternative. Wer heizen muss, kann nicht verzichten. Genau darauf baut dieses System. Der Staat kassiert mit, immer und überall, leise und zuverlässig. Und während oben gerechnet wird, wird unten gespart. Am Ende bleibt nur eine Frage: Wie lange lassen sich die Leute das noch gefallen?

Björn Höcke

10 Jahre Blauer Mut

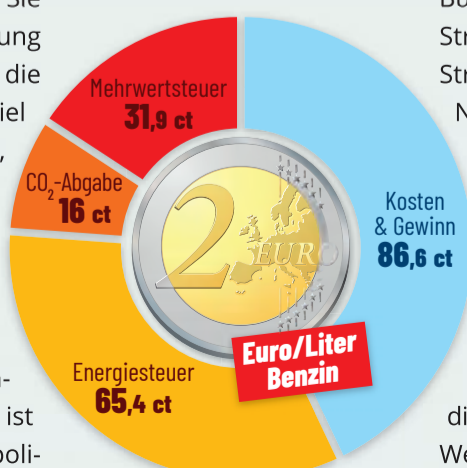
Seit zehn Jahren erscheint unser »Blauer Mut«. Der Titel war damals bewusst gewählt. Wir wussten, dass es viel Mut kosten würde dem vergifteten Meinungsklima in Deutschland die Stirn zu bieten. Heute sind wir auf dem Weg zur parlamentarischen Mehrheit in Thüringen, wahrscheinlich auch weil unsere Fraktionszeitung regelmäßig in hunderttausendfacher Auflage aktuelle politische Themen in aufklärerischer Absicht in die Thüringer Haushalte trägt. Im »Blauen Mut« erhalten Sie unzensurierte Fakten zu allen Politikfeldern und Sie erfahren, was unsere Fraktion in der alltäglichen Parlamentsarbeit leistet, um gegen unkontrollierte Migration, unverantwortliche Energiepolitik und die Vernachlässigung des Bildungssektors vorzugehen. Dafür stehen wir ein: Für Transparenz und Bürgernähe. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit noch viele weitere Jahre begleiten und unterstützen. Gerne auch indem Sie diese und die nächsten Ausgaben des »Blauen Muts« an Interessierte weitergeben – nur Mut!



Kommentar von Björn Höcke

Der Staat kassiert bei teuren Spritpreisen mit – und zwar kräftig!

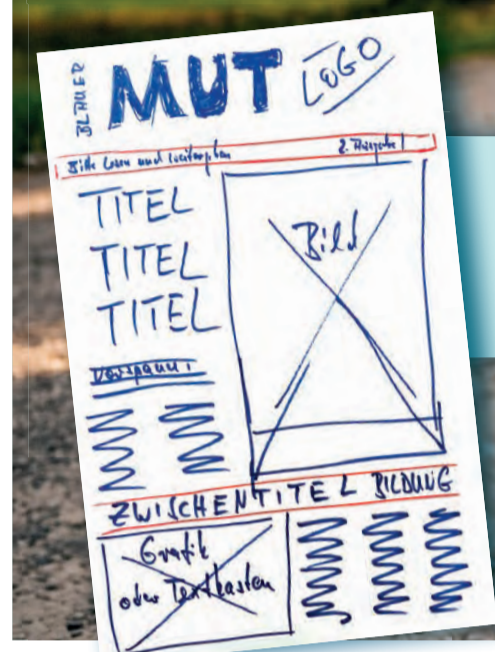
Energiepreise fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen am Markt, aber auf der Rechnung der Bürger wird daraus ein Preis, bei dem die Politik am Ende immer die Finger im Spiel hat. Natürlich spielen Weltmarktpreise, Krisen, Angebot und Nachfrage eine Rolle. Genau darauf verweist die Bundesregierung besonders gern, weil es so bequem nach »äußeren Umständen« klingt. Dazu kommen Beschaffung, Vertrieb, Netze, Messung, Infrastruktur und Unternehmensmargen. Der entscheidende Punkt ist aber: Ein erheblicher Teil des Preises ist politisch bedingt. Seit dem Atomausstieg zahlen



Bürger und Unternehmen spürbar mehr für Strom. Und der Preis endet nicht beim Markt: Stromsteuer, Konzessionsabgabe, Offshore-Netzzulage und Mehrwertsteuer treiben die Rechnung zusätzlich nach oben. Bei Gas, Heizöl, Benzin und Diesel kommen Energiesteuer, CO₂-Preis und ebenfalls Mehrwertsteuer dazu.

So sitzt der Staat bei der Energierechnung mit am Tisch. Er treibt die Preise nach oben, kassiert beim Endpreis und profitiert über die Mehrwertsteuer von steigenden Kosten. Wer Energie politisch verteuert, soll soziale Härten nicht beklagen. Er hat sie mitverursacht.

10 Jahre »Blauer Mut«



Layout-Entwurf
der zweiten
Ausgabe unserer
Fraktionszeitung



Zehn Jahre sind in der Politik eine lange Zeit. Regierungen kommen und gehen, Themen wechseln, Empörungen flackern auf und verschwinden wieder. Dass etwas bleibt, ist selten. »Blauer Mut« gehört zu den Dingen, die geblieben sind – als eine Art Gegenstrom zum Monopol der Funke-Medien in Thüringen. Diese Zeitung war nie dafür gedacht, nur zu berichten. Sie war von Anfang an Einspruch: gegen politische Entscheidungen, gegen gefährliche Entwicklungen, gegen ein Klima der Einschüchterung. Ihr Anspruch ist Mut zur Wahrheit und Aufklärung, auch dann, wenn es unbequem wird. Die Corona-Sondernummer gegen die Angstpropaganda hat genau das gezeigt. Und ja: Wir haben recht behalten. Wer durch die Ausgaben blättert, merkt schnell: Es geht immer wieder um das gleiche Grundgefühl. Dass Politik sich entfernt. Dass Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden. Dass das, was als selbstverständlich verkauft wird, für viele längst nicht mehr selbstverständlich ist. Momente wie die politische Krise um die Ministerpräsidentenwahl haben dieses Gefühl verstärkt. Plötzlich stand nicht mehr nur eine Entscheidung im Raum, sondern die Frage, wie belastbar demokratische Abläufe eigentlich noch sind.

Ein zweiter roter Faden zieht sich ebenso hartnäckig durch all die Jahre: die Frage nach Identität. Wer gehört dazu, wer wird gehört, wer wird übergangen? Die Diskussion über Zuwanderung ist dabei weniger ein Einzelthema als ein Symbol für etwas Größeres. Für die Sorge, dass politische Prioritäten sich verschieben – weg von den Interessen der Deutschen, hin zu abstrakten Konzepten und globalen Versprechen.

Und es geht um den Ton in der Politik. Wer widerspricht, wird heute nicht mehr widerlegt, sondern sofort als »rechtsradikal« etikettiert. Aus Kritik wird

schnell »gefährlich« – und so ersetzt politische Ausgrenzung die Debatte und das Argument.

Genau hier wirkt der »Blauer Mut«. Nicht als Vermittler, nicht als neutraler Beobachter. Sondern als dauerhaftes Störsignal. Eine Stimme, die sagt: Hier läuft etwas schief – und wir hören nicht auf, darauf hinzuweisen.

Denn eines hat sich in diesen zehn Jahren ebenfalls gezeigt: Widerspruch hat seinen Preis. Wer gegen den Strom schwimmt, wird selten beklatscht. Stattdessen gibt es Gegenwind, Kritik und Beschimpfungen. Doch genau daran entscheidet sich, ob

eine Stimme Substanz hat – oder nur so lange spricht, wie es bequem ist. »Blauer Mut« hat sich bewusst für den unbequemen Weg entschieden.

Es geht dabei nicht nur um einzelne politische Entscheidungen. Es geht um die Richtung eines Landes. Um die Frage, ob Politik noch den Menschen dient – oder doch ganz anderen Interessen.

Viele spüren, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Dass Sicherheit, Wohlstand und Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeiten mehr sind, sondern zunehmend unter Druck stehen.

Gerade deshalb braucht es Stimmen, die nicht sofort verstummen, wenn der Gegenwind stärker wird. Stimmen, die auch dann bleiben, wenn es ungemütlich wird. Stimmen, die nicht den einfachsten Weg gehen, sondern den notwendigen. Vielleicht liegt genau darin der eigentliche Sinn dieses Projekts: nicht recht zu behalten, sondern nicht aufzugeben.

Denn am Ende entscheidet nicht die Lautstärke, sondern die Ausdauer. Und wer zehn Jahre durchhält, hat gezeigt, dass es ihm ernst ist.

Björn Höcke

Remigration als politische Lösung für Thüringen

Seit 2015 hat sich Deutschland verändert, und auch Thüringen spürt die Folgen jeden Tag. Die Kosten für Unterbringung, Versorgung, Gesundheit und Integration steigen.

Wohnraum wird knapper, Schulen geraten unter Druck, Kommunen werden überfordert. Wer diese Entwicklung benennt, beschreibt keine Stimmung, sondern die Realität.

Ende 2024 lebten in Thüringen fast 188.000 ausländische Staatsangehörige. Darunter waren Schutzberechtigte, Ukrainer, Asylbewerber im laufenden Verfahren und Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Genau hier beginnt die notwendige Klarheit: Asyl, Kriegsflucht, Arbeit, Ausbildung und illegale Migration dürfen nicht länger vermischt werden. Wer arbeiten, sich integrieren und rechtmäßig hier leben will, gehört nicht in denselben Topf wie Ausreisepflichtige oder Straftäter. Besonders deutlich wird das bei der Sicherheitsfra-

ge. Viele Bürger erleben, dass sich öffentliche Räume verändert haben. Innenstädte, Parks und Bahnhöfe werden gemieden, weil aggressive Gruppen das Sicherheitsgefühl zerstören. Wenn sich Menschen im eigenen Land fremd fühlen, hat der Staat versagt.

Remigration heißt deshalb: geltendes Recht endlich durchsetzen. Wer keinen Aufenthaltstitel hat, muss gehen. Wer straffällig geworden ist, muss abgeschoben werden. Härtefallkommission, Kirchenasyl und geförderte Strukturen, die Abschiebungen verzögern oder verhindern, dürfen nicht länger über dem Recht stehen. Thüringen braucht keine weiteren Ausreden. Thüringen braucht Kontrolle, Rückführung und eine Politik, die zuerst die eigenen Bürger schützt.

Daniel Haseloff

Sehen Sie hierzu die Rede von Daniel Haseloff:



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 698.000 Stück



► <https://twp.afd-thl.de/krEtufw>



Der Gernegroß

**Betrug
Schwindel
Voigt**



**Konstruktives
Misstrauensvotum –
Antrag der AfD-Fraktion**



Manchmal schreibt die Geschichte die Pointen selbst. Friedrich Wilhelm Voigt wurde einst als »Hauptmann von Köpenick« berühmt – ein Mann ohne Rang, aber mit der richtigen Uniform. Er brauchte nur aufzutreten, und schon gehorchten ihm alle. »Autorität durch Darstellung« nannte man das. Über hundert Jahre später trägt ein anderer denselben Nachnamen: Mario Voigt. Ein Zufall und auch eine Einladung zum Vergleich. Auch bei Mario Voigt geht es um Darstellung und um das Auftreten nach außen. Der Fall um den aberkannten Dokortitel zeigt das deutlicher als jede Sonntagsrede. Jahrelang wurde an der eigenen Rolle gearbeitet: der Intellektuelle und Analyst, der in den USA geforscht hatte. Und dann kommt

ans Licht, was darunter liegt: Übernahmen und Abschreiben, fremde Gedanken als eigene verkauft. Nicht ein Fehler, nicht zwei – sondern ein System. Hunderte Plagiatsfragmente, mittlerweile sauber dokumentiert. Wer so arbeitet, baut eine Inszenierung vom Anfang bis zum Ende auf.

Und was passierte, als alles aufzog? Kein Satz der Entschuldigung, keine Demut. Stattdessen: Kamera an und ein angeblich spontan gefilmtes Video. Das muss man sich mal vorstellen: Während der eigene Titel in sich zusammenfällt, läuft im Hintergrund schon die PR-Maschine warm. Das ist perfekte Regie, um abzulenken.

Aber das ist noch nicht alles. Dann ist da der Sitz im MDR-Rundfunkrat: vier Sitzungen im Jahr, bezahlt aus öffentlichen Geldern, mit klarer Kontroll-

aufgabe. Voigt fehlte zwölfmal in Folge. Die Entschädigungen kamen trotzdem: rund 18.000 Euro! Und als das aufflog, wurde aus Abwesenheit plötzlich »hybride Teilnahme«. Blöd nur: Dieses Sitzungsformat gab es gar nicht.



Das ist keine Lappalie. Das ist politische Selbstbedienung mit nachgereicherter Schutzbehauptung.

Er spielt also immer wieder

dasselbe Spiel: Anspruch ohne Leistung und Außendarstellung statt Verantwortung. Und damit sind wir wieder in Köpenick. Der alte Hauptmann brauchte eine Uniform, um Autorität vorzutäuschen. Der neue Voigt braucht dagegen Titel, Kameras

und Gremienposten. Beim einen gehorchte die Stadt, weil die Verkleidung stimmte, und beim anderen soll die Öffentlichkeit glauben, dass hinter der Inszenie-

rung Kompetenz steckt. Es hat in Köpenick nicht geklappt und in Erfurt klappt es auch nicht.

Interessant war, wie »die vierte Kraft im Land« reagierte. Die Medien sprangen Voigt bei und relativierten sofort. »Auf den Doktor kommt es nicht an«, schrieb da etwa ein Redakteur. Und ein Reporterchef aus Thüringen meinte gar: »Sofortiger Rücktritt wäre die falsche Entscheidung.« Wann haben Medien eigentlich angefangen, sich den Regierungen als Vasallen anzudienen?

Die Koalitionspartner schließen die Reihen. Ihre Posten hängen schließlich daran.

Aber genau hier liegt der Kern des Problems.

Die Rolle des Hauptmanns von Köpenick zog nur, weil alle bereit waren, an die Uniform zu glauben. Inszenierung zählte mehr als Wahrheit. Genau dieses Prinzip versucht Mario Voigt zu kopieren: überzeugend auftreten, die Rolle spielen und alle Zweifel wegmoderieren. Doch irgendwann wackelt die Bühne. Dann reicht die Uniform nicht mehr. Oder anders gesagt: Wer nur so tut, als wäre er Hauptmann, sollte sich nicht wundern, wenn jemand nach dem Dienstausweis fragt.

Jens Cotta

Voigts Skandalchronik

2008 »Promotion«

30.08.2009 Einzug Landtag

2021

18.11.2021

Wahl in MDR-Rundfunkrat

2022

14.10.2022

Durchsuchungen

2023

13.11.2023

Verfahren eingestellt

2024

12.12.2024

Wahl zum Ministerpräsidenten

ab März 2024

keine protokollierte MDR-Rundfunkrats-Teilnahme

15.08.2024

Weber veröffentlicht Plagiatsvorwürfe

2025

2026

Januar 2026

Dokortitel aberkannt

Ein Sommer wie damals ...



Es gab eine Zeit, in der man nicht über Selbstverständlichkeiten nachdenken musste. Sommer bedeutete Freibad, und Freibad bedeutete »Urlaub im Kleinen«. Man ging hin, ohne sich zu verabreden, blieb stundenlang, verlor jedes Zeitgefühl. Kinder sprangen vom Beckenrand, Erwachsene lasen Zeitung, irgendwo lief ein Radio. Es war laut, aber es war nie bedrohlich. Man kannte sich, und die man nicht kannte, mit denen konnte man sich in der eigenen Sprache unterhalten.

Diese Erinnerung wirkt heute fast unwirklich. Nicht, weil sie verklärt wäre, sondern weil sich vieles zum Nachteil verändert hat. Freibäder sind heute in Deutschland oft aufgeladene Orte. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr – ganz im Gegenteil. Wer erinnert sich nicht an die Massenschlägereien in den Freibädern in Bad Sulza oder in Zella-Mehlis im vergangenen Sommer?

Wo früher ein Bademeister ge-

nügte, steht heute oft ein Großaufgebot von privaten Sicherheitsdiensten bereit. Bezahlen müssen das natürlich die Bade-gäste. Wenn man nach den Ursachen fragt, dann bekommt man höchstens hinter vorgehaltener Hand eine ehrliche Antwort. Nicht nur das Stadtbild hat sich

Immer öfter stellt sich die Frage: Wollen wir in Zukunft so weiterleben? Wollen wir akzeptieren, dass sich öffentliche Räume Stück für Stück so verändern – und am Ende nicht mehr das sind, was sie einmal waren? Dass wir uns wie Fremde im eigenen Land fühlen? Wollen wir hin-

einfach laufen lassen, sondern ständig ein Auge auf sie haben müssen? Für viele ist die Antwort klar: Nein!

Es geht dabei nicht um romantische Rückblicke oder verklärte Erinnerungen. Es geht um etwas sehr Konkretes: Lebensqualität, Sicherheit und Vertrauen im Alltag. Um das Gefühl, dass ein öffentlicher Raum allen gehört. Und nicht den Lautesten und den Rücksichtslosesten.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob man die Vergangenheit zurückholen kann. Das wird nicht gelingen. Aber man kann entscheiden, wie die Zukunft aussehen wird.

Eine Zukunft, die sich viele wünschen, wäre unspektakulär: funktionierende Regeln, klare Grenzen und Konsequenzen, wenn diese überschritten werden. Orte, an denen man sich wieder aufhält, ohne ständig wachsam sein zu müssen. Orte, an denen Kinder wieder einfach Kinder sein können, ohne dass Eltern permanent ein ungutes

Gefühl haben.

Das klingt simpel. Ist es aber nicht. Denn diese Selbstverständlichkeit entsteht nicht von allein. Sie muss politisch gewollt und erkämpft werden. Genau hier setzt die Forderung nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung an – auch durch Maßnahmen wie ein konsequentes Remigrationskonzept, das aus Sicht der AfD-Fraktion in Thüringen die Voraussetzung dafür schaffen muss, dass Ordnung, Sicherheit und Verlässlichkeit wieder zur Normalität in Deutschland und Thüringen werden.

Am Ende geht es um eine einfache, aber entscheidende Aufgabe: Wir müssen Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Weder die Koalition in Berlin noch die Brombeer-Koalition in Thüringen wird das auf den Weg bringen. Das wird nur mit der AfD gelingen. Dabei geht es nicht um ein Zurück in die Vergangenheit – es geht um ein Vorwärts zu einem Alltag, der sich wieder richtig anfühlt.



verändert. Auch die Gäste in den Freibädern. Zuwanderer aus kulturfremden, außereuropäischen Regionen dominieren das Bild.

nehmen, dass Familien überleben müssen, ob sie überhaupt noch ins Freibad gehen? Dass Eltern ihre Kinder nicht mehr

Schöne Ferien!

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag wünscht allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer, erholsame Urlaubstage und eine gute Zeit mit Familie, Freunden und Menschen, die ihnen wichtig sind.

Besonders den Kindern und Jugendlichen wünschen wir schöne Ferien, viele kleine und große Abenteuer, Zeit zum Spielen, Lachen, Entdecken und Ausruhen. Nach einem langen Schuljahr haben sie sich freie Tage ohne Stundenplan, Hausaufgaben und Klassenarbeiten verdient.

